

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 4. Sitzung des Stadtbezirksbeirates Blasewitz (SBR BI/004/2020)

am Mittwoch, 15. Januar 2020,

17:30 Uhr

**im Ortsamt Stadtbezirksamt, Ratssaal,
Naumannstraße 5, 01309 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 19:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Christian Barth

Mitglied Liste CDU

Andreas Atzenbeck

Dr. Volkhard Gürtler

Sebastian Kieslich

Agata Reichel-Tomczak

Johannes Richter

Mitglied Liste DIE LINKE

Melanie Romberg

Ilona Schär

abweichend anwesend bis 18:30 Uhr

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Caroline Förster

Florian Frisch

Matthias Just

Carola Kufner

Hannah Schöller

Doreen Sommer

Mitglied Liste SPD

Christian Kreß

Michael Kunath

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Kathrin Decker

Dr. Reinhard Günzel

René Lange

Heiko Müller

abweichend anwesend ab 18:22 Uhr

Mitglied Liste FDP

Carsten Biesok

Dr. med. Johannes Etzrodt

Mitglied Liste Freie Wähler

Monika Aigner

Abwesend:**Mitglied Liste DIE LINKE**

Dominic Böckling

Lea Fink

Verwaltung:

Herr Woite

Stadtplanungsamt, Stadtplaner

Frau Eckert

Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft, SB Planung/ Bauleitplanung/Konzepte

Frau Otto

Umweltamt, SB Planungs- und Projektsteuerung GH

Herr Fischbach

Geschäftsbereich Ordnung und Sicherheit, Jur. Referent StB/OS

Frau Schilling

Stadtbezirksamt Blasewitz, SB Stadtbezirksbeiratsangelegenheiten

Gäste:

Herr Nufer

USD Immobilien GmbH

Herr Mehner

USD Immobilien GmbH

Herr Leschik

2 ECK Architekten

Herr Barnitzki

2 ECK Architekten

Schriftführerin:

Grit Schöne

Bürgermeisteramt

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- | | | |
|------------|--|-------------------------------------|
| 1 | Vorstellung Ehemalige f6 Cigarettenfabrik im Quartier Gottleubaer Str./Schandauer Str./Blasewitzer-Grunaer Landgraben durch den Investor | |
| 2 | Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates | |
| 2.1 | Barrierefreiheit im ÖPNV. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ermöglichen | A0009/19
beratend |
| 2.2 | Community Organizing für Dresden – Stadtteilmanager*innen für alle Stadtbezirke | A0021/19
beratend |
| 3 | Informationen des Stadtbezirksamtsleiters | |
| 4 | Hinweise und Anfragen aus dem Stadtbezirksbeirat und der Bevölkerung | |
| 4.1 | Errichtung einer sicheren Querungsanlage der Altenberger Straße in Höhe Augsburger Straße | VorR-
BI00003/20 |
| 4.2 | Einrichtung eines Radfahrweges Zwinglistraße zwischen Schneebergstraße und Falkensteinplatz | VorR-
BI00004/20 |
| 4.3 | Der 3. Dresdner Bildungsbericht | V0072/19
zur Information |

Herr Barth begrüßt die Stadtbezirksbeiräte sowie die anwesenden Gäste.

Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht. Von 24 Stadtbezirksbeiräten sind 21 anwesend. Damit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

Herr Barth erteilt Herrn Böckling das Wort.

Herr Böckling informiert die Anwesenden, dass Frau Fink und er aus dem Stadtbezirk nach Hamburg verzogen seien und deshalb nicht mehr an der Sitzung teilnehmen.

Es liegen keine weiteren Änderungswünsche für die Tagesordnung vor. Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

**1 Vorstellung Ehemalige f6 Cigarettenfabrik im Quartier Gottleuba-
er Str./Schandauer Str./Blasewitzer-Grunaer Landgraben durch
den Investor**

Herr Woite, Frau Eckert, und Frau Otto stellen das Projekt vor. Anhand einer Präsentation wird der Planungsstand dargestellt.

Herr Nufer, Herr Leschik und Herr Barnitzki geben weitere Informationen zum geplanten Wohnungsbau.

Herr Lange, Herr Just, Herr Kreß, Frau Reichel-Tomczak, Frau Schöllner, Herr Atzenbeck und Frau Kufner stellen Fragen zu folgenden Schwerpunkten:

- Sockelgeschoss Vergleich zu umliegenden Häusern
- Gedenktafel
- kleiner Spielplatz im Gelände
- Fertigstellungstermin
- Art und Weise der Bürgerbeteiligung
- Wohnmöglichkeit in der Brücke auf der Glashütter Straße

Auf die Fragen wird wie folgt eingegangen:

Die bestehenden Einfriedungen bestehen aus einem Klinkersockel und Klinkermauerpfeilern mit den zwischenliegenden ortstypischen Stabgeländern. Dies werde weitestgehend erhalten bleiben.

In den neuen Häusern werde es ein überhohes Erdgeschoss geben. Man betrete das Gebäude ebenerdig. Zum eigentlichen Erdgeschoss bestehe ein Höhenversatz über etwa vier Stufen.

Die Gedenktafel bliebe erhalten.

Der Bau des kleinen Spielplatzes in dem großen Gelände sei als angemessen beurteilt worden. Dieser sei auch für die Öffentlichkeit zugänglich. Insgesamt sei der Bedarf an Spielplätzen

Bereichen Blasewitz/Striesen sehr hoch. Die Verortung des Spielplatzes an dieser Stelle werde daher positiv gesehen. Als Anregung werde aufgenommen, auch Spielgeräte für ältere Kinder zu integrieren.

Mit der Ausführung und Fertigstellung werde 2021 gerechnet. Im März dieses Jahres finde die Bürgerbeteiligung statt. Danach wolle man im Mai das Projekt erneut vorstellen. Ende des Jahres solle dann die Ausschreibung erfolgen. Bezüglich der Planungskosten werde man voraussichtlich noch einmal an den Stadtbezirksbeirat herantreten.

Die Bürgerbeteiligung solle zum einen mittels Treffen mit den interessierten Bürger/-innen vor Ort vorgenommen werden. Über Informationsveranstaltungen zum Austausch von Informationen, Wünschen und Anregungen werde man über Pressemitteilungen, das Amtsblatt und auch Aushänge im Blasewitzer Rathaus o. ä. informieren.

In der Baugenehmigung sei festgelegt, dass auf dem Grundstück gewohnt werde und die Brücke als Abstellraum diene.

Herr Atzenbecks Nachfrage aus der letzten Stadtbezirksbeiratssitzung bezüglich der Zeitschiene zur Aufstellung des Bebauungsplanes 3042 für das Areal Schandauer Straße 64 beantwortet
Herr Woite:

Es sei im letzten Jahr daran gearbeitet worden, die Investoreninteressen mit den Zielen des Bebauungsplans-Verfahrens abzugleichen. Dabei sei es gelungen, eine Veränderungssperre zu verhindern. Die Baugenehmigung sei ausgereicht und gemeinsam mit dem Bauherrn sei parallel der „Letter of Intent“ entwickelt worden. Aktuell arbeite man an der Qualifizierung der Vorplanung. Das Interesse der „Technischen Sammlungen“ sei bekannt. Weiteres könne noch nicht konkret benannt werden.

2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

2.1 Barrierefreiheit im ÖPNV. Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ermöglichen

**A0009/19
beratend**

Herr Kieslich stellt den Antrag vor.

Herr Barth gibt die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag wieder. Demnach würden in den nächsten sieben Jahren keine erneuten Ausschreibungen für Busleistungen im Stadtgebiet Dresden erfolgen. Mit den aktuell laufenden Verträgen sei man zehn Jahre gebunden.

Herr Biesok stellt fest, dass seines Wissens nach der stadtweite Einsatz von Bussen mit Niederflurtechnik bereits beschlossen sei.

Herr Kieslich entgegnet, dass dies nicht für Überlandstrecken gelte. Hier sei die Mitnahme von rollstuhlpflichtigen Fahrgästen nicht gewährleistet.

Frau Schär wendet ein, dass der Entscheidungsträger die DVB sei. Das politische Ansinnen sei jedoch unterstützenswert.

Herr Kieslich führt weiter aus, dass die Landeshauptstadt Teil der VVO wäre und so mitgestalten könne. Man erteile mit dem Antrag dem Oberbürgermeister den Auftrag, bei Ausschreibungen für den Einsatz barrierefreier Busse abzustimmen. Dies könne sich z. B. auch bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen von Ausschreibungen widerspiegeln.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

bei der Ausschreibung von Busstrecken den Einsatz barrierefreier Busse mit Niederflurtechnik prioritär zu berücksichtigen. Das gilt auch für ein- und ausbrechende Linien auf dem Territorium der Landeshauptstadt Dresden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 17 Nein 0 Enthaltung 5

2.2 Community Organizing für Dresden – Stadtteilmanager*innen für alle Stadtbezirke

**A0021/19
beratend**

Herr Kreß bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Barth informiert über die Stellungnahme der Verwaltung. Diese lehne den Antrag mit der Begründung ab, dass der beschriebene Aufgabenbereich bereits anforderungsgerecht in vielen Stellenbeschreibungen der Stadtbezirksverwaltung integriert sei. Seiner Meinung nach sei der direkte Vergleich zur Stadtteilkümmern in der Neustadt oder zur Quartiersmanagerin in Gorbitz schwierig. Diese hätten eine Reihe von sehr konkreten und lokalen Aufgaben. Das Grundanliegen des Antrages sehe er jedoch positiv.

Herr Dr. Günzel, Frau Aigner, Frau Schöller, Herr Kieslich, Frau Dr. Förster, Herr Dr. Etzrodt und Herr Lange beteiligen sich an der Debatte mit den Schwerpunkten:

- Finanzierung, auch für die Folgejahre
- Bewilligungsdauer der bisher laufenden Konzepte
- Neutralität des Stadtteilmanagers/der Stadtteilmanagerin
- Bedarfsfeststellung
- Aufgabenbereich

Herr Kreß verweist auf den Beschlusspunkt 5. Er ergänzt, dass bei den Beispielen der Stadtteilkümmern und der Stadtteilmanagerin jeweils Fördergelder beantragt worden seien. Im Unterschied dazu solle hier eine förderunabhängige Finanzierung festgeschrieben werden.

Die Konzepte der Stadtteilkümmernin und der Stadtteilmanagerin liefen seit mindestens 2 Jahren. Wie lange diese noch bewilligt seien, sei nicht bekannt.

Auch bei einer Anstellung des Personals bei der Stadtverwaltung wäre eine Begegnung mit allen Akteuren und Akteurinnen auf Augenhöhe möglich. Es sei davon auszugehen, dass bei der Stellenbesetzung Personal mit sozial-wissenschaftlichem Hintergrund eingesetzt würden, die dies beherrschten.

Man stütze sich auf Erfahrungswerte anstatt auf eine exakte, kostenverursachende Bedarfsermittlung. Aus den bestehenden Erfahrungen und mit politischen Gespür könne man einen entsprechenden Bedarf ableiten.

Auch sei Bedarf bereits von Vereinen signalisiert worden. Ansprechpartner/-innen bei Koordinationsfragen und Organisation von Ehrenamtler/-innen würden nachgefragt. Für Jugend- oder Seniorenhilfe gebe es diesbezüglich bereits gut funktionierende Strukturen. Im Sportbereich und Kulturbereich bestehe dies weniger. Das Ziel sei aber auch die bereichsübergreifende Koordination und Vernetzung sowie neue Ideen zu entwickeln und Anliegen zu bündeln.

Als Kritikpunkt werden die Schaffung weiterer neuer Verwaltungsstellen versus eines schlanken, bürgernahen und effizienten Verwaltungsapparates und der veranschlagte Kostenaufwand diskutiert.

Frau Aigner gibt an, Widersprüche in den Abstimmungspunkten zu erkennen und stellt daher den Antrag auf punktweise Abstimmung. Dabei sollen die Punkte 1, die Punkte 2 – 4 und der Punkt 5 jeweils extra abgestimmt werden.

Abstimmungsergebnis zum Antrag auf punktweise Abstimmung:

Ablehnung

Ja 1 Nein 18/ Enthaltungen 2

Beschlussvorschlag:

1. Städtische Gemeinwesen- und Nachbarschaftsarbeit ist für die Landeshauptstadt Dresden ein Grundpfeiler des Zusammenlebens in unserer Stadt. Deshalb wollen wir das Modell des Community Organizing auf die gesamte Stadt ausweiten.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Nutzung des Stellenpools im Stellenplan für 2020 in den Stadtbezirken Loschwitz, Klotzsche, Pieschen, Plauen, Blasewitz und Leuben jeweils eine Stelle für eine*n Stadtteilmanager*in einzurichten, auszuschreiben und zu besetzen.
3. Die Stellen der Stadtteilmanager*innen sollen nach dem Vorbild der Stadtteilkümmernin in der Neustadt an das jeweilige Stadtbezirksamt angebunden sein.

4. Die Aufgaben der zukünftigen Stadtteilmanager*innen besteht analog dem Konzept in der Neustadt in der Vernetzung von lokalen Akteuren, der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen und ist Ansprechperson für Dresdnerinnen und Dresdner, die in ihrem Stadtteil aktiv werden wollen.
5. Die Mittel i. H. v. 300.000 Euro für das Haushaltsjahr 2020 sind aus den nichtverbrauchten Mitteln der Haushaltsstelle „Kosten der Unterkunft“ von 2019 aufzubringen. Im Entwurf für den Doppelhaushalt sowie den Stellenplan für die Jahre 2021/22 sind die Stellen entsprechend fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 8 Nein 11 Enthaltung 2

3 Informationen des Stadtbezirksamtsleiters

Herr Barth informiert, dass es sich bei der ausgeteilten Niederschrift der Dezembersitzung um einen Entwurf handle, den er selbst aus Zeitgründen noch nicht lesen und autorisieren konnte. Er bittet darum, mögliche Einwände vor der nächsten Sitzung schriftlich einzureichen. Dann könnten diese rechtzeitig bearbeitet werden. Sollte er selbst Änderungen vornehmen, würde eine neue Version den Stadtbezirksbeiratsmitgliedern per Mail zugehen.

Ausgereicht werde ebenfalls die Vorlage V0072/19, „Der 3. Dresdener Bildungsbericht“ nach Wunsch als CD oder Papierexemplar. In der kommenden Sitzung werde der Bildungsbericht von der Leiterin des Bildungsbüros Frau Thomas vorgestellt werden.

Herr Barth berichtet weiter, dass bei Rewe im Seidnitzcenter Bücherregale/ Tauschschränke aufgestellt worden wären. Privat organisierte Tauschschränke auf privaten Flächen seien unkompliziert aufzustellen. Tauschschränke auf öffentlichen Flächen seien hingegen genehmigungspflichtig.

Am 4. April 2020, zwischen 9 Uhr bis 12 Uhr finde wieder eine Aktion zur Elbwiesenreinigung statt. Zur Unterstützung der Veranstaltung wolle man einen Antrag nach Förderrichtlinie für die Verpflegung der Teilnehmenden dem Beirat vorlegen. In den vergangenen Jahren hätte es in den Stadtbezirken sehr unterschiedliche Formen der Bereitstellung gegeben. Zum Teil wäre dies durch Firmen gesponsert oder durch das Amt für Abfallwirtschaft und Stadtgrün bereitgestellt worden. Abfallsäcke und Handschuhe würden zentral ausgegeben. Herr Barth regt außerdem an, dass alle Mitarbeiter/-innen des Stadtbezirksamtes und Stadtbezirksbeiratsmitglieder mit guter Vorbildwirkung ebenfalls an der Aktion teilnehmen. Die Stadtbezirksbeiratsmitglieder bekunden ihr Interesse an der Teilnahme.

Die Beschlusskontrolle zur Vorlage V-BI0002/19 „Ehrung von Jubilaren“ sei auf die Plätze verteilt worden.

Herr Fischbach beantwortet Herrn Frischs Nachfrage aus der vorhergehenden Sitzung zum Betreiben von Tauschschränken und der Notwendigkeit von drei Kostenvoranschlägen. So sei der

sparsame Umgang mit Haushaltsmitteln stets Grundsatz von Entscheidungen. Ein guter Preisvergleich wäre möglich, wenn etwa drei Kostenanschläge vorlägen. In der Praxis könne es jedoch vorkommen, dass trotz intensiver Bemühungen, keine drei Anbieter gefunden würden. Es müsse auch immer die Verhältnismäßigkeit mitbetrachtet werden. Bei größeren Projekten/Summen müsse intensiver recherchiert werden, als bei kleineren Vorhaben. Könne ein Träger einen angemessenen Preisvergleich vorlegen, sollten keine Bedenken entgegenstehen. Rechtliche Grundlage sei die Rahmenförderrichtlinie für Stadtbezirke und die Rahmenrichtlinie der Landeshauptstadt.

Zur Frage, ob das Förderlogo „Gefördert durch das Stadtbezirksamt“ nicht richtiger Weise heißen solle „Gefördert durch den Stadtbezirksbeirat“ beantwortet Herr Fischbach wie folgt: Die zu verwendenden Logos seien stadtweit einheitlich durch das Presseamt festgelegt.

Auf Herrn Justs Anregung habe eine Absprache mit Herrn Hoppe, Mitarbeiter bei der DVB AG, stattgefunden. Herr Hoppe habe angeboten, die Ideen und Pläne der DVB AG, die den Stadtbezirk betreffen, in einer Arbeitsgruppe vorzustellen. Dafür stünden drei Termine zur Auswahl: 27.02.2020, 12.03.2020, oder 26.03.2020 jeweils 17:30 Uhr oder 18 Uhr. Für den 27.02.2020 sprechen sich 12 Interessierte, für den 12.03.2020 14 Interessierte und für den 26.03.2020 11 Interessierte aus. Die Arbeitsgruppe, zu der alle Stadtbezirksbeiratsmitglieder eingeladen seien, treffe sich somit am 12.03.2020, 18 Uhr, im Sitzungssaal des Blasewitzer Rathaus.

Die jährliche Berichterstattung zur Umsetzung des Straßenbaumkonzeptes werde aktuell im Geschäftsbereich Wirtschaft erarbeitet und verteilt, sobald sie Herrn Barth vorliege. (Nachtrag: <https://ratsinfo.dresden.de/vo0050.php? kvonr=1266>)

4 Hinweise und Anfragen aus dem Stadtbezirksbeirat und der Bevölkerung

Die Gäste im Publikum bekommen Gelegenheit, sich vorzustellen und ihr Interesse an den Tagesordnungspunkten zu bekunden.

Es liegen dem Stadtbezirksbeirat zwei eingereichte Vorschläge zur Abstimmung vor.

4.1 Errichtung einer sicheren Querungsanlage der Altenberger Straße in Höhe Augsburger Straße

**VorR-
BI00003/20**

Frau Dr. Förster stellt zuerst den Vorschlag „Errichtung einer sicheren Fußgängerüberquerung der Altenberger Straße in Höhe Augsburger Straße“ vor.

Vorschlag:

Der Stadtbezirksbeirat Blasewitz schlägt dem Oberbürgermeister die Errichtung einer sicheren Fußgängerüberquerung der Altenberger Straße in Höhe Augsburger Straße vor.

Begründung:

Die Altenberger Straße ist mit ihrem sehr langen Verlauf durch das Blasewitzer, Neugrunaer und Striesner Gebiet eine wichtige Hauptverkehrsstraße in unserem Stadtbezirk (Abb.1). Sie verbindet den Niederwaldplatz mit der Schandauer Straße und verläuft schließlich bis zur Marienberger Straße. Die Buslinien 65 und 85 verkehren hier und in den Hauptverkehrszeiten ist die Straße stark befahren.

Von dem Fußgängerüberweg am Niederwaldplatz bis zur Schandauer Straße befindet sich auf der ca. 600 Meter langen Teilstrecke keine einzige weitere sichere Fußgängerquerung. Und dies, obwohl sich westlich und östlich der Altenberger Straße verschiedene Schulen und Kindertageseinrichtungen befinden (z. B. Gymnasium Tolkewitz, 32. Grund- und Oberschule Siebenschwaben und Kreuzgymnasium, sowie Einrichtung zur Tagespflege u. v. m.). Auch das Angebot an medizinischer Versorgung ist auf beiden Seiten groß (siehe Abb. 2). Es ist also davon auszugehen, dass Senior*innen, Kinder und Familien die Altenberger Straße häufig überqueren müssen, es aber keine geeigneten und sicheren Überwege auf der Strecke zwischen Niederwaldplatz und Schandauer Straße gibt. Die Einrichtung einer sicheren Querung ist damit in diesem Bereich dringend geboten. Die Augsburgener Straße befindet sich ungefähr in der Mitte dieses Abschnittes und bietet daher eine gute Möglichkeit für eine Querung.

Der Oberbürgermeister wird daher gebeten, eine sichere Fußgängerüberquerung an dieser Stelle zu errichten.

Herr Dr. Gürtler fragt, warum beide Varianten - Zebrastreifen und Ampel – aufgeführt würden.

Frau Dr. Förster entgegnet, dass es hauptsächlich darum ginge, eine sichere Fußgängerquerung zu ermöglichen. Dies solle nicht von der Wahl des Mittels abhängig sein. Die Einrichtung von Zebrastreifen sei in der Vergangenheit schwierig gewesen.

Herr Lange erkundigt sich nach der genauen Lage der vorzuschlagenden Querung. Er bevorzuge einen Zebrastreifen anstatt einer Ampel, da im nahen Umfeld bereits mehrere Ampeln installiert wären.

Herr Fischbach regt an, den Begriff „Fußgängerüberquerung“ durch „Querungsanlage“ zu ersetzen. Damit seien alle Umsetzungsvarianten möglich. Der Bau einer Ampelanlage verursache Kosten in einer Größenordnung von 25.000 bis 30.000 Euro und fortlaufende Unterhaltskosten.

Frau Dr. Förster übernimmt als Einreicherin die Anregung.

Abstimmungsergebnis des Vorschlages „Errichtung einer sicheren Querungsanlage auf der Altenberger Straße in Höhe Augsburgener Straße“:

Zustimmung

Ja 19 Nein 0 Enthaltungen 2

4.2 Einrichtung eines Radfahrweges Zwinglistraße zwischen Schneebergstraße und Falkensteinplatz

**VorR-
BI00004/20**

Frau Dr. Förster stellt den zweiten Vorschlag „Einrichtung eines Radfahrweges Zwinglistraße zwischen Schneebergstraße und Falkensteinplatz“ vor.

Vorschlag:

Der Stadtbezirksbeirat Blasewitz schlägt dem Oberbürgermeister die Einrichtung eines Fahrradweges auf der Zwinglistraße zwischen Schneebergstraße und Falkensteinplatz vor.

Begründung:

Die Zwinglistraße ist von der Schneebergstraße in Richtung Falkensteinplatz eine Einbahnstraße und damit für Fahrradfahrer*innen entgegen der Einbahnstraße nur verkehrswidrig zu befahren (siehe Abb.1).

Gleichzeitig sind sowohl der rechte als auch der linke Gehweg besonders breit, sie sind fast doppelt so breit, wie die Straße selbst (siehe Abb.2). Einen Fahrradweg entgegen der Einbahnstraße im Bereich des Gehweges einzurichten, erscheint damit äußerst sinnvoll. Fahrradfahrer*innen können mit diesem Radweg eine wichtige Durchfahrtsstraße sicher und verkehrsgerecht nutzen. Gleichzeitig sind mit der Einrichtung eines Fahrradweges auch die Fußgänger*innen geschützt. Eine Umfahrung der Strecke ist derzeit für Fahrradfahrer*innen nur über die Schrammsteinstraße/Heynathstraße möglich, wobei genau auf dieser Strecke die Heynathstraße über keinen Radweg mehr verfügt und extrem eng wird. Eine Umfahrung über die Haenel-Clauß-Straße/Karl-Roth-Straße/Geisingstraße ist mit einem Umweg von ca. 1 km für die meisten Fahrradfahrer*innen in diesem Gebiet keine Lösung, zumal alle diese Straßen ebenfalls über keine sicheren Radwege verfügen.

Dieser Abschnitt der Zwinglistraße ist nicht im Radverkehrskonzept enthalten. Einen Radweg einzurichten, der entgegen der Einbahnfahrtrichtung im Bereich des Gehweges entlangführt, stellt eine sichere Verbesserung der gegenwärtigen Verkehrssituation für alle Verkehrsteilnehmer*innen dar.

Es gibt keine Rückfragen.

Abstimmungsergebnis des Vorschlages „Einrichtung eines Radfahrweges Zwinglistraße zwischen Schneebergstraße und Falkensteinplatz“:

Zustimmung

Ja 21 Nein 0 Enthaltungen 0

Frau Küfner fragt, ob die Beschlusskontrollen tatsächlich in Papierform verteilt werden müssten. Außerdem regt sie an, für die vorstellenden Gäste der Sitzung Namenskarten aufzustellen. Pressevertreter/-innen, die der Sitzung beiwohnen, sollten bekannt gegeben werden. Als mögliches interessantes Projekt für den Stadtbezirk schlägt sie die Wiederbelebung der „grünen Hefte“ vor. Zum möglichen Trägerwechsel der 33. Grundschule und 97. Oberschule, den damit verbundenen Gebäudeabriss und Neubau einer Turnhalle bitte sie um nähere Informationen.

Herr Fischbach führt aus, dass die Beschlusskontrollen ein wichtiges Instrument der Rechenschaftslegung bei den Stadtbezirksbeiratsmitgliedern, Stadtratsmitgliedern und der Bürgerschaft und somit unbedingt zur Kenntnis zu geben seien. In der Planung sei, die Umstellung auf ein elektronisches Verfahren noch dieses Jahr voran zu bringen. Dabei solle den Stadtbezirksratsmitgliedern eine technische Lösung angeboten werden, die den Regeln des Datenschutzes entspreche und ohne Verteilung von Geräten an alle Teilnehmenden auskomme.

Herr Barth sichert die Aufstellung von Namenskarten ab kommender Sitzung zu. Die Frage zur Benennung der Pressevertretungen sowie zu den beiden Schulen nehme er zur Prüfung mit.

Zur Erneuerung der „grünen Hefte“ mit der Sammlung aller aktuellen Informationen des Stadtbezirktes seien intern bereits Ideen erörtert wurden. Man arbeite aktuell an einer zeitgemäßen Umsetzung.

Herr Biesok regt an, das Foto des Stadtbezirksamtes Blasewitz auf der Homepage zu aktualisieren. Das aktuelle Foto sei weniger attraktiv.

Herr Barth nimmt die Anregung mit.

Herr Kieslich bittet um Auskunft, ob für die Baumfällungen im Waldpark Neupflanzungen geplant seien.

Seit einiger Zeit seien am Schillerplatz bereits Menschen beim aggressiven Betteln beobachtet worden. Möglicherweise sei dies sogar organisiert. Er fragt, ob seitens des Stadtbezirksamtes bereits etwas dagegen unternommen worden sei.

Herr Barth antwortet, dass es seitens des Stadtbezirksamtes keine Aktivitäten geben würde. Er nehme beide Fragen zur Weiterleitung mit.

Herr Atzenbeck spricht die Verkehrsregelung an der Regerstraße an. Es wäre ein Hinweis an die Autofahrer angebracht, dass mit Gegenverkehr durch Radfahrer gerechnet werden müsse.

Außerdem gibt er den Hinweis, dass der Radweg auf der Loschwitzer Straße zwischen Königshaimplatz bis kurz vor dem Schillerplatz aufgebrochen wäre, sodass Unfallgefahr bestehe

Herr Barth nimmt beide Themen zur Weiterleitung mit.

Herr Dr. Gürtler bezieht sich auf die versendete Prioritätenliste zu Fahrbahn- und Gehwegsarbeiten für 2020. Er fragt nach genaueren Realisierungszeiträumen.

Herr Barth erklärt, dass sich die Prioritätenliste insgesamt noch in Klärung mit dem Straßen- und Tiefbauamt befände. Sobald eine Vertretung des Fachamtes zur Vorstellung zur Verfügung stehe, werde das Thema auf die Tagesordnung des Stadtbezirksbeirates gerufen. Auf dieser Grundlage ließe sich die Liste konkreter überarbeiten. Sollte es nicht gelingen, das Straßen- und Tiefbauamt einzuladen, müsse die Abstimmung im Stadtbezirksbeirat letztendlich ohne Vorstellung erfolgen.

Herr Fischbach fügt eine Anmerkung an. Aktuell wäre die Planung des nächsten Doppelhaushaltes in Arbeit. Die Stadtbezirksbeiratsmitglieder könnten gemeinsam mit ihren Kollegen im Stadtrat darauf hinwirken, dass an diesen Stellen genug Mittel bereitgestellt würden.

Der Stadtbezirksbeirat verfüge außerdem über Entscheidungsalternativen. Die Vorschläge des Amtes für Stadtgrün und Abfallwirtschaft, welche Maßnahmen auf welchen Straßen erfolgen solle, könnten unter Vorbehalt der Prüfung der finanziellen und terminlichen Machbarkeit verändert werden.

Herr Barth kündigt für die nächste Stadtbezirksbeiratssitzung den Antrag der Grünen/Bündnis 90 „Berichterstattung Einreichung Fördermittelanträge“, die Beschlusskontrolle und Umlage zur Öffentlichkeitsarbeit in Form von monatlichen Zeitungsanzeigen im Stadtbezirk Blasewitz und die Querung Kipsdorfer Straße an.

Vorsitzender

Grit Schöne
Schriftführerin

SBR-Mitglied

SBR-Mitglied